

Wahlprüfsteine: PETA Deutschland e.V.

1. Anbindehaltung von Rindern

Ein großer Teil der Rinderhaltungen in Bayern sind Anbindehaltungen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass jegliche Form der Anbindehaltung von Rindern, inklusive der sogenannten Kombinationshaltung, verboten wird?

Nein, wir FREIE WÄHLER stehen hinter der Kombinationshaltung und lehnen ein generelles Verbot der Anbindehaltung ab. Stattdessen befürworten wir den Einsatz von tiergerechten Haltungsmethoden und den geltenden Tierschutzstandards, die das Wohlergehen der Tiere gewährleisten und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit für die Landwirte berücksichtigen. Ein generelles Verbot hätte gravierende Auswirkung auf die bayerische Rinderhaltung, inklusive den vielen ökologischen Vorteilen, die die saisonale und temporäre Beweidung mit sich bringen.

2. Tierschutzkontrollen

Gemäß Bundesregierung (BT-DS 19/3195) werden tierhaltende Agrarbetriebe in Bayern im Durchschnitt nur alle 48 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert. Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Wir FREIE WÄHLER halten regelmäßige Kontrollen für sinnvoll und wichtig. Durch Kontrollen wird sichergestellt, dass schwarze Schafe in der Tierhaltung ausfindig gemacht werden und somit unnötiges Tierleid verhindert wird. Eine zu hohe Kontrolldichte ist unserer Meinung nach nicht praktikabel, da dies einen unnötigen Bürokratieaufwand bedeuten würde und keine weiteren Erkenntnisse bringt. Zudem würde dies zu einer Überlastung der eingesetzten Amtstierärzte führen. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass große tierhaltende Betriebe effektiver kontrolliert werden. Wir verwehren uns jedoch ganz klar dagegen, dass tierhaltende Betriebe stigmatisiert und vorverurteilt werden.

3. Ernährung

Die „Tierproduktion“ zählt zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

Nein, wir lehnen jegliche Form von ideologischer Diskriminierung von Lebensmitteln ab. Tierische Produkte gehören zu einer gesunden und ausgewogenen Ernährung dazu. Ernährungsphilosophien sind vielseitig und es unterliegt jedem einzelnen Menschen selbst, wie er sich ernähren möchte. Die bayerische Landwirtschaft ist auch nur schwerlich als tierproduzierende Industrie zu bezeichnen und die Auswirkungen auf Klima und Umwelt hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab.

4. Tierversuche

In elf Bundesländern können Studierende auf Antrag tierversuchs-/tierverbrauchsfreie Prüfungsleistungen ablegen. Befürwortet Ihre Partei eine Änderung des Landeshochschulgesetzes, so dass auf Antrag des Studierenden ein Studium ohne Tierversuch absolviert werden kann?

Ziel für die Zukunft solle es sein, allen Studierenden das Recht auf ein möglichst tierversuchsfreies Studium zu gewährleisten. Die Hochschulen sind jetzt schon verpflichtet, weitestmöglich Methoden und Materialien einzusetzen, die die Verwendung von lebenden und für Forschung und Lehre getöteten Tieren verringern oder ganz ersetzen können. In Forschung und Lehre soll auf Tierversuche und die Verwendung von Tieren im Sinne des Tierschutzgesetzes weitgehend verzichtet werden. Mit dem Bezug auf das Tierschutzgesetz erfolgt eine klare Begrenzung auf die dort geregelten Tatbestände. Die einschlägigen Bestimmungen des Tierschutzgesetzes sind stets zu beachten. Wir sehen dennoch den weitergehenden Bedarf für die unmittelbare Zukunft, dass die Hochschulen hierzu geeignete Forschungs- und Lehrmethoden sowie Lehrmaterialien noch weiter entwickeln müssen und ihre Forschung und Studiengänge entsprechend gestalten sollen. Zudem soll Studierenden ermöglicht werden, ein Hochschulstudium auch ohne die Teilnahme an Tierversuchen oder Tierverbrauch erfolgreich absolvieren zu können. Dies ist unserer Auffassung ein richtiger und wichtiger weiterer Schritt um Forschung und Lehre ohne Tierversuch und Tierverbrauch in Zukunft zu gestalten. Ein erster Ansatzpunkt wäre hier diese in einer Rahmenvereinbarung und dann in konkreten Hochschulverträgen zu verankern.

5. Jagd

In verschiedenen Bundesländern wurden aus Tierschutzgründen Totschlagfallen untersagt, die Jagd auf Haustiere abgeschafft und die Baujagd eingeschränkt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Landesjagdgesetz unter Berücksichtigung der Staatszielbestimmung Tierschutz überarbeitet wird?

Wir FREIE WÄHLER befürworten auch weiterhin den jagdlichen Einsatz von Fallen, wobei sich der Einsatz von Lebendfangfallen immer mehr durchsetzt. Trotzdem sind Totschlagfallen in gewissen Fällen, beispielsweise im Marderbunker, mindestens so tierschutzgerecht wie Lebendfangfallen. Die Ausbreitung invasiver Tierarten wie beispielsweise Waschbär, Mink und Marderhund nimmt leider auch in Bayern stetig zu. Invasive Tierarten sind unter anderem die Hauptverursacher für Biodiversitätsverlust und Artensterben, da diese oft gefährdete heimische Tierarten aus ihren Lebensräumen verdrängen. Aber auch eine Überpopulation von heimischem Raubwild wie dem Fuchs (welcher seit Ausrottung der Tollwut nahezu keinen natürlichen Feind mehr hat) stellt über einen längeren Zeitraum eine Gefahr für viele Wildtierarten (beispielsweise Bodenbrüter) dar. Eine wichtige Strategie um die Regulierung der Prädatoren und Neozoen gewährleisten zu können ist die Fallenjagd (auch mittels Totschlagfallen). Aus diesem Grund befürworten wir auch die Baujagd. Die Baujagd stellt eine wichtige und effektive Methode der Raubwildreduzierung, insbesondere zur Bejagung des Fuchses dar.

6. Fuchsjagd

In Bayern werden jedes Jahr rund 100.000 Füchse bei der Jagd getötet – deutlich mehr als in jedem anderen Bundesland. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Füchse in Bayern nur noch im Einzelfall und mit behördlicher Genehmigung getötet werden dürfen?

Wie bereits beschrieben befürworten wir eine flächendeckende Fortführung der Fuchsbejagung. Neben den bereits genannten Gründen stellt die Verbreitung von Krankheiten ein weiteres Problem von zu hohen Fuchspopulationen dar. Die Füchse dringen immer stärker in Siedlungsgebiete vor und

können hierbei leider den für den Menschen lebensgefährlichen Fuchsbandwurm verbreiten. Zudem wäre es verheerend, würde die derzeit ausgerottete Tollwut durch überhöhte Fuchspopulationen erneut in Deutschland bzw. Bayern ausbrechen. Auch die Ausbreitung der Räummilbe, welche heute in den Fuchspopulationen leider flächendeckend nachgewiesen ist, kann durch eine Regulierung der Füchse reduziert werden. Eine Entnahme von Füchsen nur nach behördlicher Genehmigung lehnen wir demnach auch ab, da hierdurch ein wahres Bürokratiemonster geschaffen werden würde.

7. Wettfischen

Wettfischveranstaltungen wie das Königsfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften als strafbar angesehen. Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Wettfischveranstaltungen, bei denen es darum geht, möglichst schwere oder viele Fische in einer bestimmten Zeit zu angeln?

Die Angelfischerei gehört zu einer der ältesten Traditionen die wir hier bei uns in Bayern pflegen. Umso wichtiger ist es unserer Meinung nach, dieses Kulturgut auch in Zukunft zu bewahren und weiterzuführen. Die Angelveranstaltungen sind ebenso Bestandteil der Tradition wie beispielsweise die Pflege der Gewässer. Wir sehen hier auch keine Verletzung des Tierschutzgesetzes. Es macht unserer Meinung nach keinen Unterschied, ob ein Angler seinem Hobby nachgeht oder mehrere Angler am selben Gewässer zur gleichen Zeit. Angelveranstaltungen bieten zudem die Möglichkeit, dass sich unterschiedlichste Generationen austauschen und ins Gespräch kommen können. Daher lehnen wir FREIE WÄHLER ein Verbot der genannten Angelveranstaltungen ab.

8. Sachkundenachweis für Hundehaltung

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Bayern einsetzen?

Nein, wir bezweifeln, dass ein genereller verpflichtender Sachkundenachweis für alle Hundebesitzer entscheidende Vorteile bringen wird, jedoch den bürokratischen Aufwand erheblich erhöhen würde. Wir begrüßen die freiwilligen Angebote im Hundeschulbereich, die Hundehalter die Möglichkeit geben sich ausführlich über die Bedürfnisse der Tiere zu informieren und fortzubilden. Zudem erwarten wir von jedem Hundehalter, dass er sich mit den Pflichten, die er als Tierhalter hat auseinandersetzt.